

Pressemitteilung vom 23. Juni 2016

Für weniger Gift in der Landwirtschaft – und faire Preise

Am Donnerstag steht Landwirtschaft gleich zweimal auf der Agenda des sächsischen Landtags. Diskutiert wird ein Antrag von Bündnis90/Die Grünen, in dem eine bessere Kontrolle von Rückständen von Glyphosat und dem Hauptabbauprodukt Aminomethyl-Phosphonsäure (AMPA) gefordert wird. Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, Maßnahmen zur Reduktion von Glyphosat zu ergreifen. In einem weiteren Antrag wird von SPD und CDU schnelle finanzielle Unterstützung von sächsischen Bauern gefordert, die u.a. aufgrund der niedrigen Milchpreise vor dem Aus stehen. Der Antrag zu Glyphosat kommt einen Tag vor Veröffentlichung des Beschlusses der EU-Kommission zur Verlängerung der Zulassung von Glyphosat. Der Einsatz von Glyphosat ist umstritten, da die gut begründete Vermutung besteht, dass die Rückstände, die auf den Lebensmitteln zurückbleiben, gesundheitliche Schäden verursachen. Der BUND hatte deshalb gefordert, keine erneute Zulassung für Glyphosat zu erteilen. Nachdem sich die EU-Mitgliedstaaten am 16.06.2016 bereits zum zweiten Mal nicht einigen konnten, ist nun die EU-Kommission am Zug eine Entscheidung zu treffen.

„Der Antrag im sächsischen Landtag kommt genau richtig einen Tag vor der erwarteten Entscheidung der EU-Kommission. Damit hat Sachsen heute die Gelegenheit, ein Signal zu setzen, dass die Gesundheit der Bevölkerung und die Artenvielfalt, die durch den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat verringert wird, Vorrang auf sächsischen Feldern haben muss“, so Prof. Dr. Felix Ekardt, Vorsitzender des BUND Sachsen. Der BUND hatte bundesweit am Mittwoch zu einem Twitterstorm gegen Glyphosat aufgerufen um die anvisierte vorläufige Verlängerung der Zulassung für Glyphosat um 12 bis 18 Monate ohne die Unterstützung der Mitgliedstaaten zu verhindern.

Ekardt: „Dass Glyphosat nun gegen den Willen der Mitgliedstaaten weiterhin zugelassen wird, ist nur ein Ausdruck einer verfehlten Landwirtschaftspolitik, bei der es um blinde und kurzfristige Ertragssteigerungen geht, die langfristige Schäden hinterlassen. Bodendegradation, Zerstörung der Artenvielfalt, Verunreinigung des Trinkwassers und Gesundheitsschäden durch Rückstände von Pestiziden in Nahrungsmitteln sind nur einige davon. Gleichzeitig stehen zahlreiche Milchbauern, auch im Freistaat Sachsen, insbesondere im Erzgebirge, noch immer unter Druck aufgrund aktueller Tiefstpreise von 22 bis 24 Cent pro Liter – unter anderem aufgrund künstlich geschaffener Anreize zu hohem Konsum tierischer Nahrungsmittel durch Subventionen.“

Die wirtschaftlichen Probleme der sächsischen Bauern stehen heute in einem weiteren Antrag der Fraktionen von SPD und CDU auf der Tagesordnung. Sie fordern Soforthilfen von der Bundesregierung und schnelle Auszahlung der Direktzahlungen aus EU-Fördermitteln. Hierzu Ekardt: „Bauern müssen von ihrer Arbeit leben können, nur dann kann er auch den Ansprüchen artgerechter Haltung und Nachhaltigkeit gerecht werden. Doch Weidehaltung hat bei weitem die bessere Klima- und Biodiversitätsbilanz als die Massentierhaltung in Ställen auf Futtermittelbasis, erspart den Mineraldünger und Pestizide wie Glyphosat. Deshalb sollte der Schritt in eine pestizidfreie Landwirtschaft schnellstmöglich erfolgen und der Einsatz von Pestiziden nicht auch noch gefördert werden. Ansätze in Richtung Ökolandbau bieten die bessere Alternative.“

Link zum „Fleischatlas Deutschland Regional 2016“:

www.bund-sachsen.de/fileadmin/bundgruppen/bcmlsvsachsen/PDFs/fleischatlas_regional_2016_web.pdf

Informationen:

BUND-Twitterstorm: <https://aktion.bund.net/twitterstorm-zur-glyphosat-entscheidung>

Landwirtschaftskonzept des BUND Sachsen: <http://www.bund-sachsen.de/landwirtschaftskonzept>

Pressekontakt:

Prof. Dr. Felix Ekardt, Tel. 0341-492 77 866, felix.ekardt@bund-sachsen.de